

(Abgeordneter Fleißner.)

(A) Volkes — gegen diese Bestrebungen die entschiedenste Verwahrung einzulegen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind der Meinung, daß der Reichstag allerdings hier nicht nur das Recht — was ja außer Frage ist —, sondern auch die Pflicht hat, dafür zu sorgen, daß der jetzt bestehende Zustand beseitigt wird, dessen schlimme Wirkungen ja auf der Hand liegen. Es bedarf wohl keines weiteren Beweises mehr, daß die ungeheuer hohen Agrarzölle im besonderen, die wir in Deutschland haben, zu einer starken Verteuerung der wichtigsten Nahrungs- und Genußmittel geführt haben und daß darunter natürlich in erster Linie zu leiden hat die wenig bemittelte Bevölkerung als Konsumenten.

Ich will bei der Gelegenheit nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich möchte nur im allgemeinen hier den Standpunkt zum Ausdruck bringen, auf den ich eben hinwies. Aber einige Vergleiche ganz allgemeiner Art sind doch wohl bei der Gelegenheit gestattet.

Meine Herren! Erst kürzlich wieder haben wir konstatieren sehen, daß in England nicht nur die Löhne der Arbeiterschaft mindestens ebenso hoch, in verschiedenen Fällen aber höher sind als in Deutschland, sondern auch die wichtigsten Nahrungs- und Genußmittel wesentlich billiger eingekauft werden können als in Deutschland. Wir legen besonders Verwahrung ein und wünschen, daß dieser Verwahrung bei der Neuregelung der Handelsverträge Geltung verschafft wird, daß das geradezu widersinnige System der Einfuhrschemine aufgehoben und beseitigt wird. Nicht nur wir stehen auf diesem Standpunkte, sondern wir haben in den letzten Jahren gesehen, daß sich auch die Gemeindeverwaltungen mit der Frage beschäftigt haben und daß sich sogar, wenn ich mich recht erinnere, die Dresdner Gemeindeverwaltung, die nicht etwa als besonders fortschrittlich gilt, auf den Standpunkt gestellt hat, daß das System der Einfuhrschemine in keiner Weise gerechtfertigt ist, sondern noch ein übriges dazu beiträgt, die Lebensmittel des Volkes, vor allen Dingen das Brotgetreide, zu verteuern.

Ich will auch darauf hinweisen, meine Herren, daß, nachdem sich diese Bestrebungen in Deutschland bemerkbar machen, die jetzigen Zollsätze beizubehalten, auch für die späteren Handelsverträge mit Österreich und Rußland Stimmen laut werden, die sich ganz entschieden gegen diese Absicht wenden. Aus allen diesen Gründen würde, wenn die Absicht bei der deutschen Reichsregierung bestehen sollte, ihre Durchführung dem weitaus größten Teile des Volkes jedenfalls zu außerordentlichem Schaden gereichen. In einer Zeit, wie sie gegenwärtig ist, in einer Zeit wirt-

schaftlicher Krisen halten wir es für doppelt notwendig und angebracht, daß der Ablauf der Handelsverträge dazu benutzt wird, die bestehenden hohen Zollsätze niederzudrücken.

Meine Herren! Herr Dr. Mez hat vor kurzem im 117. Bande der Münchener volkswirtschaftlichen Studien außerordentlich interessante Vergleiche nach der Richtung hin zwischen deutschen und holländischen Verhältnissen gezogen. Holland ist ja auch ein Land, das derartige Agrarzölle nicht besitzt. Dieser Herr kommt in seiner wissenschaftlichen Arbeit zu ganz interessanten Resultaten. Er stellt z. B. fest, daß in Deutschland für ein und dieselbe Qualität und Quantität Nahrungsmittel ausgegeben werden muß die Summe von 764 M. 28 Pf., daß dagegen in Holland diese selben Nahrungsmittel nur 448 M. 73 Pf. kosten; das ist eine Differenz von 275 M. 55 Pf. oder etwa 41 Prozent. Dabei ist noch gar nicht berechnet, daß in Deutschland andere Artikel, z. B. Reis, Salz, Tabak, Zigarren, Petroleum usw., wesentlich teurer sind als dort; bezöge man diese Artikel in den Vergleich mit ein, so fielen er noch viel mehr zuungunsten Deutschlands aus. Es kommt freilich in Betracht — das will ich nicht verschweigen —, daß sich bei diesen Vergleichen herausgestellt hat, daß die Löhne in Holland niedriger sind als in Deutschland. Aber auch bei Berücksichtigung dieser Tatsache ergibt sich nach den Angaben des Herrn Dr. Mez, daß die deutschen Arbeiter trotz nicht unwesentlich höherer Löhne wesentlich schlechter darin sind als die holländischen Arbeiter, d. h. daß ihnen trotz ihrer höheren Löhne weniger übrigbleibt von ihrem Arbeitslohn als den holländischen Arbeitern. Das ist wieder einmal ein Beweis, der die oft erhärtete Tatsache von neuem konstatiert, in welcher geradezu enormen Weise in Deutschland die jetzt bestehende Zollpolitik die wichtigsten Nahrungs- und Genußmittel verteuert.

Ein Exempel nach anderer Richtung hin, auch aus der allerneuesten Zeit, das uns ebenfalls zeigt, wie unfelig sich diese Zollpolitik und die Politik der indirekten Besteuerung entwickelt hat, ist das folgende. Im Verordnungsblatte der Königlichen Generalzolldirektion für das Jahr 1913 sind Vergleiche gezogen auf die letzten 30 Jahre, und da ergibt sich — ich greife nur einige Resultatszahlen heraus — folgendes. Im Jahre 1884 entfielen in Sachsen an indirekten Reichsabgaben auf den Kopf der Bevölkerung 10 M., 1912/13 betrug dieser Satz aber sage und schreibe 29 M. 54 Pf. Die indirekten Landesabgaben in Sachsen haben sich in ähnlicher Weise entwickelt. Sie betragen auf den Kopf im Jahre 1884 1 M. 29 Pf. und nach 30 Jahren 2 M. 47 Pf. Hand